

Inhalt

- 2 Wohnungsneubau:** Experten fordern im Bundestag schnellere Verfahren und ein größeres Engagement des Bundes, insbesondere beim sozialen Wohnungsbau.
- 3 Interview:** Michael Groß, wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat der wi-Redaktion drei Fragen beantwortet.
- 4 Mietpreisbremse:** Der Regionalverband vtw. sieht keine Notwendigkeit in der Einführung einer staatlichen Kappungsgrenze für Mieten in Thüringer Städten.

Zwei Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau

Berlin – Bei der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015 in Berlin hat der Bund zugesagt, Länder und Kommunen stärker beim Neubau von Wohnungen und bei der Schaffung von Sozialwohnungen zu unterstützen. Dafür stellt der Bund für die Jahre 2016 bis 2019 insgesamt zwei Milliarden Euro zusätzlich bereit.



Es gibt wieder mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks: „Es ist völlig klar, dass wir deutlich mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau investieren müssen. Deshalb nimmt der Bund viel Geld in die Hand, um Länder und Kommunen bei dieser dringlichen Aufgabe zu unterstützen. Mit ihrer Zusage, die zusätzlichen Gelder zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden, erfüllen die Länder eine wichtige Voraussetzung.“

Vereinbart wurde zudem, dass der Bund den Kommunen auch weitere Immobilien

und Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen wird. Dazu laufen bereits Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium.

Hendricks hatte zudem die befristete und regionalisierte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung vorgeschlagen. Die Wohnungswirtschaft hatte gefordert, die steuerliche Normalabschreibung auf mindestens drei Prozent, in besonders angespannten Wohnungsmärkten sogar

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Mehr Senioren in Deutschland

Im Jahr 2014 lebte in 31 Prozent der Privathaushalte in Deutschland mindestens eine Person ab 65 Jahre. Wie das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober 2015 mitteilte, ist der Anteil der Seniorenhaushalte damit seit 1991 um fünf Prozent gestiegen. Im Saarland war der Anteil am höchsten, in Berlin und Hamburg lag er am niedrigsten. (wi)

Neue EU-Sparvorgaben für Heizungen

Für neue Heizungen, Warmwasserbereiter und -speicher gelten ab sofort strengere Effizienzvorgaben der Europäischen Union (EU). Wie der *Tagesspiegel* am 28. September 2015 unter Berufung auf die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz berichtete, wird so die effiziente Brennwerttechnik zum Standard. Mehrfamilienhäuser mit Etagenheizungen können unter Umständen von Ausnahmeregelungen Gebrauch machen. (wi)

Zusätzliche Wohnheimplätze gefordert

Das Deutsche Studentenwerk kritisiert, dass bezahlbarer Wohnraum für Studenten immer knapper wird. Kurz vor Beginn des neuen Wintersemesters fehlen rund 25.000 Wohnheimplätze, so Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde. Dafür müsse vom Staat 800 Millionen Euro Unterstützung kommen. In 39 der 87 Unistädte mit mehr als 5.000 Studenten sei die Wohnsituation angespannt. Besonders betroffen sind Jena, Tübingen und Freiburg. (wi)

Quelle: www.einstellungstest-polizei-zoll.de/pixelio.de

Experten fordern: Wohnungsneubau beschleunigen

Berlin – Angesichts der massiven Wohnungsknappheit in vielen deutschen Städten und der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum haben Experten am 23. September 2015 im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages Maßnahmen zur beschleunigten Umsetzung von Bauvorhaben und ein größeres Engagement des Bundes, insbesondere beim sozialen Wohnungsbau, gefordert.

Nicht nur für Studenten und einkommensschwache Haushalte sei der Mangel an preiswerten Wohnungen ein großes Problem, betonten die vier Sachverständigen in der öffentlichen Ausschusssitzung unter Leitung von **Bärbel Höhn** (Bündnis 90/Die Grünen). Auch die große Zahl von Flüchtlingen, von denen ein Großteil vermutlich dauerhaft in Deutschland bleiben werde, erhöhe die Dringlichkeit, schnell und preiswert neuen Wohnraum zu schaffen.

Axel Gedaschko Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) und Präsident des GdW sprach von einem angestauten Defizit von allein 770.000 Wohnungen in Deutschland. Den Bund forderte er mit Nachdruck auf, sich wieder eine eigenständige Kompetenz bei der Vergabe von Wohnraumfördermitteln zu sichern. Außerdem sollte das Bauplanungsrecht „so schnell wie möglich“ geändert werden, um die bislang sehr langwierige Realisierung von Bauvorhaben zu beschleunigen. Geltende Standards, etwa im Hinblick auf Immissions-, Natur- und Denkmalschutz, sollten überdacht werden, auch um die in Deutschland sehr hohen Baukosten zu reduzieren. **Achim Meyer auf der Heyde** vom Deutschen Studentenwerk e.V. kritisierte, dass der Ausbau der staatlich geförderten Wohnheimplätze bei weitem nicht mit dem Anstieg der Studierenden Schritt gehalten habe. Die Wohnraumkapazitäten reichten daher vielerorts nicht mehr aus. „Es müssen zusätzlich mindestens 25.000 Wohnheimplätze geschaffen werden“, betonte er. „Dies entspricht einem Zuschussvolumen von 800 Millionen Euro.“ **Steffen Bockhahn**, Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt Rostock, appellierte an die Bundesregierung: „Wir brauchen

schnell und sehr dringend Wohnungsneubau, gerade im Bereich des sozial verträglichen Mietens.“ Den Ländern warf er vor, die Kompensationsmittel des Bundes für die soziale Wohnraumförderung häufig nicht an die Kommunen weitergereicht zu haben. Auch er bezeichnete die Baukosten in Deutschland als zu teuer. Daher sei das Engagement des Bundes gefordert, etwa indem er Zuschüsse gebe oder besondere Wohnformen fördere. Professor **Martin Haag**, Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Freiburg im Breisgau, sprach darüber hinaus das Problem des Flächenmangels an. Bevor man über die Absenkung von Standards beim Wohnungsbau reden könne, müsste geklärt werden, wie Bund, Länder und Kommunen überhaupt an bebaubare Flächen kommen. Haag sprach sich dafür aus, in Zukunft stärker private Grundstücke zu aktivieren. Schließlich sei im Grundgesetz nicht nur der Schutz des Eigentums verbrieft, sondern auch dessen Sozialbindung.

Alle Experten lobten das vom Bundes-

umweltministerium ins Leben gerufene Modellvorhaben für nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende, für das 120 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. **Yvonne Magwas** (CDU) betonte jedoch, dass die Bundesregierung sehr wohl wisse, dass das allein nicht ausreicht. **Michael Groß** (SPD) erklärte, Ziel seiner Partei sei es, die Kompensationsmittel, die der Bund den Ländern bislang jährlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, von derzeit 518 Millionen Euro jährlich auf rund eine Milliarde Euro verdoppeln zu wollen. **Heidrun Blumh** (Die Linke) warf dem Bund vor, das Thema „Soziales Wohnen“ jahrelang verschleppt zu haben. Sie befürchte, dass alles, was derzeit diskutiert werde, noch immer viel zu wenig sei. **Christian Kühn** (Grüne) bezeichnete die Lage in den Hochschulstädten als „Brennglas für das, was in ganz Deutschland passiert“. Die Flüchtlingskrise zeige ganz deutlich, dass die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus nicht wie bisher fortgeführt werden könne.

(hib/kön) ■

Anzeige

Lernen

Die Kinder von Huzurikanda haben Durst. Nach Wissen. Sie brauchen eine SCHULE und einen Lehrer. Die DESWOS hilft ihnen!

Spendenkonto
DESWOS 660 22 21
Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98



bangladesch



DESWOS

Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

deswos.de

➔ Fortsetzung von Seite 1

auf vier Prozent, zu erhöhen. „Unsere Forderung beruht auf dem in Deutschland geltenden Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Dieser wird bei der aktuellen Abschreibungsmöglichkeit absolut nicht eingehalten“, so GdW-Präsident Axel Gedaschko. Durch die längst überfällige Anpassung der Normalabschreibung könne erreicht werden, dass sich auch private Investoren wieder verstärkt im Mietwohnungsneubau engagieren. Nach den Beschlüssen wollen Bund und Länder

unverzüglich mit geeigneten Anreizinstrumenten den Neubau von preiswertem Wohnraum in Gebieten mit angespannter Wohnungslage fördern.

Zudem will Bundesbauministerin Hendricks den Kommunen durch eine Reihe von Änderungen im Baurecht deutlich mehr Spielraum für die schnelle Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften eröffnen. „Mir ist wichtig klarzumachen, dass wir mit unseren Aktivitäten einem gesamtgesellschaftlichen Bedarf nachkommen. Es gibt ganz

verschiedene Gründe, warum der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt. Wir haben als Staat die Verantwortung dafür, dass genügend bezahlbarer Wohnraum für alle zur Verfügung steht.“ Nach Angaben der Ministerin brauchen wir jährlich mindestens rund 350.000 neue Wohnungen. Eine vom Verbändebündnis „Sozialer Wohnungsbau“, dem auch der GdW angehört, in Auftrag gegebene Studie des Pestel-Instituts spricht sogar von 400.000 neuen Wohnungen jährlich bis 2020.

(schr/bur) ■

DREI FRAGEN AN...

Michael Groß

Wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke)

Flüchtlingsunterbringung, angespannte Mietwohnungsmärkte, steigende Baukosten und demografischer Wandel. Das Jahr 2015 hält große und wichtige Themen bereit. Der wohnungs- und baupolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hat der wi-Redaktion dazu drei Fragen beantwortet.

wi: Der enorme Zustrom von Flüchtlingen und Zuwanderern nach Deutschland, insbesondere in die ohnehin von Wohnungsangel betroffenen Ballungsregionen, reißt nicht ab. Was muss getan werden, um die Notsituation gerade in angespannten Wohnungsmärkten schnell abzumildern?

Groß: Wir brauchen unkomplizierte Lösungen und starke Förderprogramme, die schnell zu mehr bezahlbarem Wohnraum für alle führen. Durch eine Verdopplung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung, durch steuerliche Anreize

und Vereinfachungen im Bauplanungs- und Vergaberecht muss der Bund dieses Ziel konsequent unterstützen.

Immer weiter steigende Grundstückspreise, Baukosten, staatliche Auflagen, Steuern und Abgaben führen dazu, dass Neubau fast ausschließlich im hochpreisigen Segment stattfindet. Was ist zu tun, damit Bauen und Wohnen wieder bezahlbar wird?

Groß: Sicherlich ist dringend eine Diskussion über Standards hinsichtlich Wirkung und Zielerreichung zu führen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau wieder gestärkt werden und Kommunen günstig Bauland auch an Dritte abgeben können. Der Bund muss über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dazu beitragen, verbilligt Flächen an die Kommunen abzugeben. Insgesamt muss der Bund den Kommunen eine noch stärkere finanzielle Entlastung ermöglichen, damit die Kommunen selbst bedarfsgerechte Stadtentwicklung und Wohnungsneubau gewährleisten können.

Der deutsche Wohnungsmarkt befindet sich zunehmend in einem

Spannungsfeld von Wachstumsregionen mit Wohnungsknappheit und Schrumpfungsbereichen mit Leerstand. Welche wohnungspolitischen Maßnahmen sind notwendig, um diesen gegenteiligen Situationen gerecht zu werden und in ganz Deutschland Wohnen mit Zukunft bieten zu können?

Groß: Für Regionen in angespannten Wohnungsmärkten wird neben den Instrumenten der Veränderungssperre, des Millieuschutzes, der Kappungsgrenzen, der Mietpreisbremse, des Mietspiegels und einer novellierte Modernisierungumlage nur der Bau von neuen Wohnungen zu einer spürbaren Entspannung führen. Dies muss dringend unterlegt werden mit einem ganzheitlichen Quartiersansatz, der nachbarschaftliches Miteinander und gutes Leben in der sozialen Stadt fördert. Schrumpfungsbereiche und Zentren brauchen ein abgestimmtes Miteinander durch die Raumordnung. Schrumpfungsbereichen brauchen eine Attraktivitätsoffensive. Bestehende Förderprogramme müssen auch für Schrumpfungsbereichen viel stärker auf die vor Ort vorhandene Lösungskompetenz abstellen und kreative und unkonventionelle Konzepte möglich machen. ■

AUS DEN VERBÄNDEN

Norddeutsche Wohnungswirtschaft begrüßt Flüchtlingsgipfel-Beschluss

Hamburg – Der Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am 24. September 2015 in Berlin hat Ergebnisse geliefert, die nicht nur für die Länder, Kommunen und Städte entscheidend sind, sondern auch die norddeutschen Wohnungsunternehmen im VNW betreffen. VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner begrüßt die Erhöhung der Kompensationsmittel um 500 Millionen Euro.

„Der Beschluss von Bund und Ländern war mehr als notwendig. Die Absenkung der Standards sowohl im Bauplanungsrecht als auch bei den energetischen Anforderungen ist sinnvoll, sollte sich aber auf die Schaffung preiswerten Wohnraums insgesamt und nicht nur auf „Flüchtlingsunterkünfte“ beschränken. Das Ziel muss gut nutzbarer, preiswerter Wohnraum in gemischten Quartieren für alle Berechtigten sein.“ Der VNW-Verbandsdirektor rät dazu, die Flüchtlingsthematik zu einer Atempause bei den immer höheren und teureren energetischen und technischen Anforderungen an Wohngebäude generell zu nutzen, sodass alle Mieter in Norddeutschland von stabilen bezahlbaren Mieten profitieren können.

Die Bebauung der schnell und verbilligt bereitgestellten Bundes-Liegenschaften

für den sozialen Wohnungsbau sollte nicht nur kommunalen Gesellschaften zur Verfügung stehen, sondern unbedingt auch Genossenschaften und privaten Bauträgern ermöglicht werden. Die „geeigneten Anreizinstrumente“ zur Förderung des Neubaus preiswerter Wohnungen wurden beim Flüchtlingsgipfel noch nicht näher definiert. Der VNW empfiehlt dabei Direktvergaben städtischer Flächen zu „gesetzten“ Preisen bei ausschließlicher Bebauung mit gefördertem Wohnraum kombiniert mit entsprechenden Baukosten- und laufenden Zuschüssen.

VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner: „Wir fordern einen Paradigmenwechsel: Weg von zinsgünstigen Darlehen hin zu Zuschüssen. Damit können die Wohnungsunternehmen zügig bauen und bezahlbare Wohnungen auf den Markt bringen.

In den Regionen mit Leerstand sollten die Zuschüsse ebenfalls für die Sanierung und Herrichtung der Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.“

Auch wenn jetzt schnell das Wohnungsangebot in bestimmten Regionen ausgeweitet werden muss, wird die Versorgung und Integration der Neu-Ankömmlinge im Wesentlichen und am kostengünstigsten über den vorhandenen Bestand erfolgen. „Wir fordern schnelles und gleichzeitig überlegtes Handeln. Die akute Notsituation sollte nicht dazu führen, dass es zu städtebaulich und sozialpolitisch unüberlegten Schnellschüssen kommt, die später mit all den bekannten Problemen und Kosten repariert werden müssen. Nachbarschaften müssen stabil sein und bleiben. Wir wollen keine Flüchtlingsdörfer. Wir wollen kein Klein-Damaskus“, so Breitner. (frilkön) ■

Mietpreisbremse – schädlicher Populismus

Erfurt – Eine Mietpreisbremse für Thüringer Städte entbehrt jeder Grundlage und ist purer Populismus. Constanze Victor, Direktorin des vtw. Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. fordert: „Die Diskussion um bezahlbares Wohnen muss auf der Basis von Fakten geführt werden. Es gibt nirgendwo in Thüringen die Notwendigkeit einer Mietpreisbremse. Eine Mietpreisbremse wird nicht dadurch richtig, dass sie für viele gut klingt.“

Als Begründung für die Mietpreisbremse gilt ein angespannter Wohnungsmarkt. Dieser tritt ein, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde oder einem Teil der Gemeinde zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Die Kriterien hierfür sind über Bundesdurchschnitt steigende Mieten, und Mietbelastungsquoten sowie nicht ausreichender Neubau und niedriger Leerstand bei hoher Nachfrage. Die Zahlen in Thüringen sprechen jedoch eine andere, klare Sprache. Erfurt, Weimar und Jena – die drei Thüringer Städte, deren Oberbürgermeister nach der Mietpreisbremse rufen – stehen keineswegs vor Wohnungsmangel und haben genügend bezahlbaren Wohnraum für Normalverdiener zu bieten.

Die Thüringer Mieten der vtw.-Unternehmen – sie stellen die Hälfte aller Mietwohnungen Thüringens, liegen mit 4,71 Euro pro Quadratmeter insgesamt erheblich unter Bundesniveau. In Erfurt beträgt der Wert 4,91 Euro pro Quadratmeter, in Jena 5,26 Euro pro Quadratmeter und in Weimar 5,15 Euro pro Quadratmeter. Selbst die sogenannten Angebotsmieten bewegen sich im Durchschnitt auf moderaten Höhen. Es kann also nirgendwo die Rede von nicht bezahlbaren Mieten oder angespannten Wohnungsmärkten sein. Zumal

in allen drei Städten die vtw.-Unternehmen mehr als 80 Prozent ihrer Wohnungen zu Mieten anbieten, die für Leistungsbezieher nach SGB II passen – also KdU-fähig sind.

Signifikant sind auch die Jenaer Erfahrungen: Hier steigt der Leerstand aktuell wieder, die Zahl verfügbarer Wohnungen wächst und das allein durch Wohnungsneubau am freien Markt. Dementsprechend sinken sofort die Angebotsmieten in der Stadt. Dies zeigt, dass es keiner politischen Eingriffe bedarf. Im Gegenteil: eine Mietpreisbremse deckelt die zur Eigenkapitalverzinsung nötigen Renditen von Investoren und macht Wohnungsneubau sofort unattraktiv. Vollends katastrophal wirkt dies spätestens, wenn die Zinsen wieder steigen und dann zuhauf attraktivere Anlagemöglichkeiten für Investoren bestehen.

Ein weiteres gravierendes Problem blenden die Städte Erfurt, Weimar und Jena völlig aus: Das künstliche Niedrighalten von Mieten in den Städten führt zu weiterem Zuzug aus allen anderen Thüringer Kommunen. Es fehlt der wichtige Anreiz, wegen niedrigerer Mieten außerhalb der drei großen Städte Thüringens zu wohnen. So konterkariert eine Mietpreisbremse jede Bemühung zur Stabilisierung des ländlichen Raumes. Zusätzlich werden auch die Wohnungsun-

ternehmen in den Städten der dringend nötiger Finanzkraft beraubt, die für immer umfangreichere Aufgaben nötig ist. Neben teurem Wohnungsneubau und altengerechten Umbau betrifft dies zum Beispiel wachsende soziale Aufgaben wie die Betreuung von Senioren oder Flüchtlingen.

Constanze Victor unterstreicht: „Wir wollen die Mietbelastung in Thüringen weiter niedrig halten. Aber steigende Wohnungsnachfrage in den Städten kann nur durch Neubau befriedigt werden – eine Mietpreisbremse schafft keine einzige neue Wohnung, im Gegenteil: sie verhindert Neubau. Wir sehen hinter dem Thema Mietpreisbremse ein ganz anderes Problem. Thüringen und ganz Ostdeutschland muss sich einer Debatte über den Wert des Wohnens stellen – und über das Verhältnis von Stadt und Land. Vierzig Jahre DDR waren von massiven Subventionen von Mieten geprägt, hinzu kamen 20 Jahre Abwanderung und hoher Leerstand nach der Wende. Da ist das Gefühl für den Wert und den Preis des Wohnens oft verloren gegangen. Wer dem ländlichen Raum Zukunft geben will, der muss auch über Preisunterschiede beim Wohnen nachdenken. Städte sind überall auf der Welt teurer als ländliche Regionen. Das sollten wir in Thüringen nicht andersherum probieren.“ (teil/kön) ■

Ein Zuhause für die Zukunft



Quelle: vdw Sachsen/Ankunft Zukunft

Wohnraum zur Verfügung, eröffnen den Betroffenen aber andererseits auch Beschäftigungsmöglichkeiten, damit sie sich mit eigenem Engagement Schritt für Schritt eine sichere Zukunft in Frieden aufbauen können.

Das Projekt „Ankunft Zukunft“ ist nun auch mit einem Video im Blog „Gut leben in Deutschland“ der Bundesregierung zu finden. Den Beitrag finden Sie unter www.gut-leben-in-deutschland.de oder indem Sie diesen QR-Code scannen.

(kön) ■



SERVICE

wi mobil

Die wi-Redaktion berichtet bei der Expo Real 2015 live vom Stand der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID). In drei wi-Sonderausgaben erfahren Sie an den Messtagen vom 5. bis 7. Oktober 2015 alles Aktuelle vom Standgeschehen und aus der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Die wi-Sonderausgaben zur Expo Real 2015 finden Sie auch jederzeit unter diesem Kurzlink: bit.ly/1L3S4Gk – oder mobil unter diesem QR-Code:



So funktioniert die Wohnungswirtschaft

12. Oktober 2015, Berlin

Im ersten Modul des Seminars mit dem Schwerpunkt „Branchenkenntnisse“ werden Strukturen und Abläufe in der Wohnungswirtschaft thematisiert. Die Teilnehmer bekommen einen Überblick über die politisch relevante Verbändelandschaft, die Unternehmensvielfalt und die verschiedenen Dienstleister der Wohnungswirtschaft. Mit Hilfe von Impulsvorträgen und Gruppendiskussionen werden die Lernziele vermittelt. Zur Zielgruppe gehören (Key-) Account-Manager von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, Fach- und Führungskräfte im Vertrieb sowie Quereinsteiger.

Weitere Infos: BBA, Sandra Niedergesäß, Telefon: 030/23085514, E-Mail: sandra.niedergesaess@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Quartierspezifische Investitionsplanung

15. Oktober 2015, Bochum

Wie funktioniert eine Investitionsplanung unter Berücksichtigung der Quartiersbesonderheiten? Im Seminar erfahren die Teilnehmenden, wie der Aufbau einer mehrjährigen, objektspezifischen Investitionsplanung vorstattengeht. Inhaltliche Schwerpunkte sind neben der technischen Analyse mit Ermittlung der Investitionskosten die kaufmännische Analyse mit Untersuchung alternativer Liquiditätsströme. Auch die Marktanalyse zur Identifizierung geeigneter Zielgruppen und die Umsetzung in Quartiersentwicklungsziele werden besprochen.

Weitere Infos: EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: a.bohn@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Beschwerden gekonnt bearbeiten

28. Oktober 2015, München

Die Konfrontation mit verärgerten Mietern – egal ob telefonisch, persönlich oder schriftlich – bedeutet Stress und kann bei Mitarbeitern Ängste und Aggressionen auslösen. Doch gerade bei Beschwerden kommt es auf Einfühlungsvermögen und eine verständliche, einfühlsame Sprache an! Lernen Sie in diesem Seminar, Beschwerden entspannt entgegenzunehmen und zielführend zu beantworten.

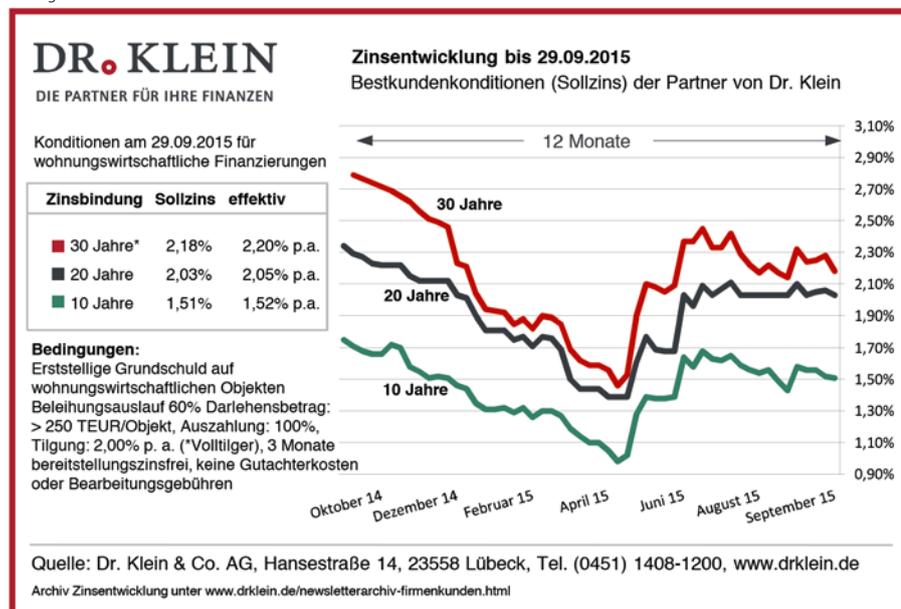
Weitere Infos: VdW Bayern, Katja Kaiser-Himmelsbach, Telefon: 089/290020302, E-Mail: katja.kaiser-himmelsbach@vdwbayern.de, Internet: www.vdwbayern.de

PERSÖNLICHES

Ullrich Löschner scheidet zum 30. September 2015 altersbedingt aus der Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG aus. Herr Löschner war seit 1989 für die Genossenschaft tätig und von 2000 bis 2005 Mitglied im Vorstand des GdW.

Anja Passlack, Geschäftsführerin der DWG Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH, feiert am 30. September ihren 50. Geburtstag. Sie ist Delegierte zum GdW-Verbandstag.

Anzeige



IMPRESSUM

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:

115 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

WI Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter **www.haufe.de/immobilien** in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf **www.haufe.de** verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) ist vom 5. bis 7. Oktober bei der Expo Real 2015 – der größten B2B-Messe für Immobilien und Investitionen in Europa – in München in Halle B2 am Stand 220 vertreten. Auch der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen ist am BID-Stand vor Ort:



Montag, 5. Oktober 2015

11:15 Uhr
Standeröffnung Axel Gedaschko
 Vorsitzender BID und Präsident GdW
Gunther Adler
 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

im Anschluss
zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen
Gunther Adler Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Axel Gedaschko Vorsitzender BID und Präsident GdW
Andreas Ibel Präsident BFW
Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA
Jürgen Michael Schick Präsident IVD
Moderation: Andreas Remien Süddeutsche Zeitung

11:45 Uhr
Journalistenrunde
Christian Hunziker Freier Journalist
Andreas Remien Süddeutsche Zeitung
Michael Psotta FAZ
Michael Fabricius Die Welt
Moderation: Steffen Uttich Leiter Fondsmanagement, BEOS AG und Vorsitzender des ZIA-Ausschusses Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

15:00 Uhr
Qualitätsbild der Berufe: Der Sach- und Fachkundenachweis
Klaus Leuchtmann Vorstandsvorsitzender, EBZ
Peter Graf Geschäftsführer, DIA
Univ.-Prof. Dr. Martin Häublein Universität Innsbruck
Michael Wintzer Geschäftsführer, Bayrische Immobilien Management GmbH
Moderation: Sun Jensch Bundesgeschäftsführerin, IVD

16:00 Uhr
Finanzierungstrends 2016
Prof. Dr. Markus Knüfermann Fachgebiet Volkswirtschaftslehre, EBZ Business School
Frank M. Mühlbauer Vorstandsvorsitzender, WL BANK
Jost Paffrath Vice President Sales / Key Account Management, Immobilien Scout GmbH
Thomas Holle Head of M&A Business Solutions, MRH Group
Hans Peter Trampe Vorstand, Dr. Klein & Co. AG
Moderation: Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin, GdW

17:00 Uhr
Verleihung DIA Forschungspreis
Günther H. Oettinger Mitglied der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für die Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Prof. Dr. Martin Haag Baubürgermeister der Stadt Freiburg
Jürgen Michael Schick Präsident IVD
Prof. Dr. Heinz Rehkugler Studienleiter DIA/CRES und Vorsitzender des Preisgerichts
Moderation: Peter Graf Geschäftsführer, DIA

17:30 Uhr
Günther H. Oettinger Mitglied der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für die Digitale Wirtschaft

schaft und Gesellschaft
im Gespräch mit:
Axel Gedaschko Vorsitzender BID und Präsident GdW
Andreas Ibel Präsident BFW
Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA
Jürgen Michael Schick Präsident IVD

19:00 Uhr
Messe Chillout
 (Beginn Sektempfang 18:30 Uhr)
 ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von



Dienstag, 6. Oktober 2015

11:15 Uhr
Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks im Gespräch mit:
Axel Gedaschko Vorsitzender BID und Präsident GdW
Andreas Ibel Präsident BFW
Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA
Jürgen Michael Schick Präsident IVD

12:00 Uhr
Trend green-building: Gewerbeimmobilien werden grün?
Dr. Carsten Düerkop Vorstandsmitglied, WL BANK
Marcus Forrest Head of Sales Commercial, CommercialNetwork & Wohnungswirtschaft Immobilien Scout GmbH
Dr. Katrin Grumme DGC Dr. Grumme Consulting GmbH, BFW Arbeitskreisvorsitzende Einzelhandelsimmobilien
Iris Schöberl Geschäftsführerin, BMO Real Estate Partners und Vorsitzende des Ausschusses Handel und Kommunales, ZIA
Moderation: Dirk Labusch immobilienwirtschaft

13:00 Uhr
BID Marktplatz – „must haves“ für Ihr Unternehmen
Axel Berkling Vorsitzender der Geschäftsführung, KONE GmbH
Carl-Ernst Giesting Vorstandsvorsitzender, RWE Vertrieb AG
Boris Prochazka Head of Financial Lines, MRH Group
Ralf Görner COO, ista Deutschland GmbH
Christian Sili Sprecher des Vorstandes, Deutsche Kautionskasse AG
Hans Peter Trampe Vorstand, Dr. Klein & Co. AG
Moderation: Sun Jensch Bundesgeschäftsführerin, IVD

14:00 Uhr
Die Zukunft der nachhaltigen und energieeffizienten Gesellschaft
Anke Brummer-Kohler Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin GdW und Vorstandsvorsitzende NaWoh
Stefan Preidt Prokurist, Vattenfall
Maren Kern Vorstand, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
Werner Knips Managing Partner, Heidrick & Struggles und Mitglied im ZIA-Nachhaltigkeitsrat
Moderation: Ulrike Silberberg DW Die Wohnungswirtschaft

15:00 Uhr
Verleihung Immobilien Marketing Award
Klaus Striebich Managing Director Leasing, ECE Projektmanagement GmbH + Co. KG

Dirk Labusch Chefredakteur, immobilien wirtschaft
Prof. Dr. Werner Ziegler langjähriger Rektor, HfWU Nürtingen-Geislingen
Christina Daniel Head of Customer Marketing, Immobilien Scout GmbH
Moderation: Prof. Stephan Kippes HfWU Nürtingen-Geislingen

16:00 Uhr
EBZ Preisverleihung
Ehrung der drei besten Absolventen im Masterstudiengang Real Estate Management
Laudatoren:
Andreas Ibel Präsident BFW
Axel Gedaschko Präsident GdW
Ralf Giesen Geschäftsführer, Vivawest GmbH
Moderation: Klaus Leuchtmann, Vorstandsvorsitzender, EBZ
18:45 Uhr
Sektempfang

19:00 Uhr
Standparty mit Live Musik
 ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von



Mittwoch, 7. Oktober 2015

11:00 Uhr
Personal(entwicklungs)studien
Dr. Thomas Beyerle Head of CS und Research, IVG Immobilien AG
Prof. Dr. Marco Wöfle Wissenschaftlicher Leiter, DIA/CRES
Holger Hentschel Vorstandsmitglied, LEG Immobilien AG
Klaus Leuchtmann Vorstandsvorsitzender, EBZ
Michaela Meise-Schmidt Personalleitung, B&O Gruppe
Moderation: Ulrike Silberberg DW Die Wohnungswirtschaft

LIVE-INFOS VOM BID-STAND

Die wi-Redaktion berichtet bei der Expo Real 2015 live vom Stand 220 in Halle B2.



➔ **Nachrichten in Echtzeit vom EXPO-Stand bekommen Sie über Twitter. Noch kein Follower? Dann wird es Zeit! Die wi-Redaktion twittert auf www.twitter.com/gdwwohnen**